

U n t e r r i c h t u n g

der vom Landtag Rheinland-Pfalz entsandten Mitglieder des Ausschusses der Regionen

zu dem Beschluss des Landtags vom 22. April 1999 zu Drucksache 13/4100 (Plenarprotokoll 13/83, S. 6414)

Arbeit und Arbeitsergebnisse des Ausschusses der Regionen (AdR) im Zeitraum Januar 2006 bis Juni 2007

Inhalt

- I. Einleitung
- II. Weichenstellungen zu Beginn der 4. Mandatsperiode
- III. Politische Prioritäten im Berichtszeitraum
 - 50 Jahre Römische Verträge und Zukunft der EU
 - Regionalpolitik
 - Erweiterung
- IV. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft
- V. Die „Open-Days“ im Oktober 2006 in Brüssel
- VI. Veränderungen in der Organisation der Arbeit des AdR
 - Interregionale Gruppen im AdR
 - Kooperationsabkommen zwischen dem AdR und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA)

Der gemeinsame Bericht von Staatssekretär Dr. Karl-Heinz Klär, Mitglied des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union, und Frau Abg. Nicole Morsblech, stellvertretendes Mitglied des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union, wurde dem Präsidenten des Landtags mit Schreiben vom 13. September 2007 übersandt.

Federführend ist der Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa.

I. Einleitung

Im Zeitraum Januar 2006 bis Juni 2007 hat der Ausschuss der Regionen (AdR) acht Plenartagungen durchgeführt. ¹⁾ Themen- und anlassbezogen suchten Mitglieder der Kommission und des Europäischen Parlaments sowie Politiker aus den EU-Staaten dabei den Kontakt zu den AdR-Mitgliedern. Neben anderen besuchten Kommissionspräsident José Manuel Barroso, Regionalkommissarin Danuta Hübner, Erweiterungskommissar Olli Rehn, das für Informationsgesellschaft und Medien zuständige Mitglied Viviane Reding und Umweltkommissar Stavros Dimas zum Teil mehrfach Plenum und Fachkommissionen des AdR. Zudem stellten regelmäßig Vertreter der EU-Ratspräsidentschaften das Arbeitsprogramm ihrer Regierungen für die jeweils sechsmonatige Vorsitzperiode vor. Besonderes Interesse fanden die Ausführungen des luxemburgischen Regierungschefs Jean-Claude Juncker zum Reformprozess der EU im AdR-Plenum am 6. Juni 2007.

Die Stellungnahmen des AdR behandelten umfassend die aktuellen EU-Vorlagen mit regionalem Bezug, so u. a. in den Themenfeldern Lissabon-Strategie, Grünbuch Energie, Kultur, Lebenslanges Lernen, Fernsehrichtlinie, Reform der Weinmarktordnung, Postdienste und Sozialdienstleistungen. Über die dabei im Einzelnen beschlossenen Positionen des AdR wurden die Mitglieder des Europaausschusses Rheinland-Pfalz und andere Multiplikatoren im Land jeweils zeitnah nach den Plenartagungen in den Informationen des Bevollmächtigten des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa informiert. ²⁾

Der AdR wurde mit dem Vertrag von Maastricht als beratende Einrichtung eingesetzt. Es ist ihm in einer Vielzahl von Fällen gelungen, durch seine fundierten Stellungnahmen EU-Rechtsakte der Kommission im regionalen oder kommunalen Interesse zu verändern und seine institutionellen Kompetenzen schrittweise auszubauen. Mit dem derzeit verhandelten Änderungsvertrag zum EU- und zum EG-Vertrag wird dem AdR das lange geforderte Recht eingeräumt werden, bei Verletzungen seiner eigenen Rechte und auch bei Subsidiaritätsverletzungen in Fällen, in denen er zuvor obligatorisch angehört wurde, vor dem Europäischen Gerichtshof klagen zu können.

II. Weichenstellungen zu Beginn der 4. Mandatsperiode

Der AdR hat sich auf seiner 63. Plenartagung im Februar 2006 für die vierte Mandatsperiode (2006 bis 2010) neu konstituiert und den französischen Sozialdemokraten Michel Delebarre zu seinem neuen Präsidenten gewählt. Delebarre, der zwischen 1984 und 1993 als Minister mehreren französischen Regierungen angehörte, ist Bürgermeister von Dünkirchen und Mitglied der französischen Nationalversammlung. Während der vorangegangenen Mandatsperiode des AdR (2002 bis 2006) stand Delebarre der sozialdemokratischen Fraktion im AdR vor. Als Ersten Vizepräsidenten wählten die damals noch 317 AdR-Mitglieder den belgischen Christdemokraten Luc van den Brande, belgischer Senator und ehemaliger flämischer Ministerpräsident.

Für Rheinland-Pfalz wurde der Bevollmächtigte des Landes Rheinland Pfalz beim Bund und für Europa, Staatssekretär Dr. Karl-Heinz Klär, erneut als ordentliches Mitglied, Frau MdL Nicole Morsblech als stellvertretendes Mitglied im AdR benannt. (Für die komplette Liste der für die 4. Mandatsperiode benannten deutschen Mitglieder vgl. Anhang der Landtagsdrucksache 14/4902). Die 24-köpfige deutsche Delegation tagt in den ersten zwei Jahren der Mandatsperiode unter bayerischem Vorsitz.

In seiner Antrittsrede hob AdR-Präsident Delebarre hervor, dass die Europäische Union gegenwärtig zwei große Herausforderungen zu bewältigen habe: zum einen die Debatte um die Zukunft der EU, in deren Rahmen konstruktive Ergebnisse erzielt werden müssten, und zum anderen die erfolgreiche Umsetzung der Strategie von Lissabon. Hierbei strebe der Ausschuss insbesondere die stärkere Einbeziehung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften an. Eines der Ziele seiner Präsidentschaft sei, die Mittlerrolle des AdR zwischen den Bürgern und den europäischen Institutionen bei beiden Aufgaben zu stärken und die Position des AdR im institutionellen Gefüge der EU weiter auszubauen.

Die Präsidentschaft wird nach zwei Jahren zwischen Delebarre und van den Brande wechseln. Die Mitgliederverteilung auf die Fraktionen, die aufgrund der hohen Fluktuation fast permanenter Veränderung unterworfen ist, liest sich in der vierten Mandatsperiode ungefähr wie folgt: Europäische Volkspartei und Sozialdemokratische Partei Europas mit jeweils etwa 37 bis 38 %, Europäische Liberaldemokraten mit etwa 16 %, European Alliance (vereint Parteien des rechten Spektrums wie die polnische PiS und die irische Fianna Fáil sowie parteilose Mitglieder) mit etwa 5 % und Fraktionslose mit etwa 4 %.

An der Spitze der beiden großen Fraktionen stehen zwei Italiener: Isidoro Gottardo, Gemeinderat von Sacile/Friaul, bei der EVP und Mercedes Bresso, Präsidentin der Region Piemont, bei der SPE. Zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden hat die sozialdemokratische Fraktion Staatssekretär Dr. Klär gewählt. Die liberale Fraktion wird in den kommenden vier Jahren vom Bürgermeister von Rotterdam Ivo Opstelten (NL) geführt, die Fraktion der European Alliance von der Irin Maria Corrigan.

1) 63. Plenartagung: 15. bis 17. Februar 2006; 64. Plenartagung: 26. bis 27. April 2006; 65. Plenartagung: 14. bis 15. Juni 2006; 66. Plenartagung: 11. bis 12. Oktober 2006; 67. Plenartagung: 6. bis 7. Dezember 2006; 68. Plenartagung: 13. bis 14. Februar 2007; 69. Plenartagung: 22. bis 23. März 2007 (Rom); 70. Plenartagung: 6. bis 7. Juni 2007.

2) Die Berichte über die Plenartagungen des AdR sind in schriftlicher Form erhältlich bei der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und der Europäischen Union, Frau Bernartz, In den Ministergärten 6, 10117 Berlin. Die jeweils aktuellen Berichte können auch im Internet unter folgender Adresse abonniert werden: <http://www.landesvertretung.rlp.de/berichte.html>.

Dem insgesamt 56 Mitglieder umfassenden Präsidium des AdR gehören aus Deutschland Staatssekretär Dr. Klär als nationaler Vizepräsident sowie die bayerische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Emilia Müller (EVP) (bis Oktober 2006 der bayerische Staatsminister für Europaangelegenheiten Eberhard Sinner) und Ulrich Maly (SPE), Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, als Vertreter der kommunalen Spitzenverbände an.

In der vierten Mandatsperiode behält der AdR seine bisherige Arbeits- und Organisationsstruktur mit sechs Fachkommissionen bei, deren thematischer Zuschnitt nur geringfügig verändert wurde. Staatssekretär Dr. Klär knüpft an seine Arbeit in den vergangenen Mandatsperioden an und wird weiterhin in der Fachkommission für konstitutionelle Fragen, Regieren in Europa und für den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (CONST) sowie in der Fachkommission für Kohäsionspolitik (COTER) tätig sein. Neben den sechs ständigen Fachkommissionen wird erneut die ständige Arbeitsgruppe des Präsidiums für Finanz- und Verwaltungsangelegenheiten (CAFA) eingerichtet. In diesem sehr wichtigen achtköpfigen Gremium sind erneut zwei deutsche AdR-Mitglieder vertreten.

In einer vom Plenum des AdR in der konstituierenden Sitzung am 15. bis 17. Februar 2006 auf Grundlage einer gemeinsamen Vorlage der vier Fraktionen verabschiedeten Entschließung werden die politischen Prioritäten des Ausschusses für die erste Hälfte der vierten Mandatsperiode (2006 bis 2008) festgelegt. Als wesentliche Ziele werden darin die Förderung eines politischen und bürgernahen Europas, die Stärkung der territorialen Solidarität innerhalb der Union sowie die Konsolidierung der politischen und institutionellen Rolle des AdR genannt. Die Mitglieder verpflichten sich außerdem, eine dezentralisierte und bürgernahe Debatte über die gegenwärtige Gestalt und die Zukunft der EU zu führen. Mit Blick auf das Verhältnis zu den anderen EU-Institutionen stehen die Verstärkung und der weitere Ausbau der Kontakte zum EP, insbesondere bei der Erarbeitung und der Nachbereitung von Stellungnahmen, im Mittelpunkt. Daneben werden eine systematischere Zusammenarbeit mit dem Rat und dem Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie eine engere Kooperation mit der Kommission in Fragen der Kommunikationspolitik angestrebt.

Um seine politische Einflussnahme noch nachhaltiger und zwingender zu gestalten, hat der AdR zu Beginn der vierten Mandatsperiode einige Neuerungen eingeführt. Darunter sind eine veränderte Gestaltung der Stellungnahmen sowie ein neues Format für den Austausch zwischen den AdR-Mitgliedern und europäischen Akteuren während der Plenartagungen. Die Stellungnahmen erhalten ein übersichtlicheres Layout. Eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Forderungen auf dem Deckblatt sowie ein vereinfachter Aufbau sollen die Lesbarkeit erhöhen. Ziel des neu geschaffenen Tagesordnungspunkts „Aktuelle Debatte“ soll es sein, jährlich bei zwei oder drei Plenartagungen eine aktuelle politische „Fragestunde“ mit einer hochgestellten Persönlichkeit des europäischen politischen Lebens durchzuführen, um die politische Diskussion zwischen AdR-Mitgliedern und Vertretern anderer europäischer Institutionen zu beleben und möglichst über einen zusätzlichen Kanal Einfluss auf aktuelle politische Debatten in der EU nehmen zu können.

III. Politische Prioritäten im Berichtszeitraum

50 Jahre Römische Verträge und Zukunft der EU

Aus Anlass des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge hielt der AdR seine 69. Plenartagung am 22. und 23. März 2007 in Rom ab. Nach der ordentlichen Sitzung fand eine Feierstunde statt, zu deren Abschluss die Vertreter der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der EU eine Europa-Erklärung verabschiedeten.

Der Eröffnungssitzung wohnte auch der italienische Staatspräsident Giorgio Napolitano bei, von Juni 1999 bis Juni 2004 Vorsitzender des Ausschusses für Verfassungsfragen des EP und Mitglied des EU-Verfassungskonvents. In einer hochkarätig besetzten ersten Diskussionsrunde zum Thema „Dem Projekt Europa neuen Schwung geben – der Beitrag der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften“ ergriffen EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso, der italienische Ministerpräsident Romano Prodi, die Außenminister Italiens und Luxemburgs Massimo D'Alema und Jean Asselborn sowie der spanische EU-Staatssekretär Alberto Navarro González und für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft der Staatsminister für Europa Günter Gloser das Wort.

Im zweiten Panel diskutierten unter anderem die Bürgermeister von Rom, Warschau, Istanbul, Stockholm, Maastricht und Lyon sowie die Präsidenten der Regionen Toskana, Friaul-Julisch Venetien, Sizilien und Aquitanien über „Die Zukunft Europas und der Beitrag der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften“. Außerdem traten Professor Bronislaw Geremek, ehemaliger polnischer Außenminister und jetziges Mitglied des EP, und EU-Regionalkommissarin Danuta Hübner auf.

Sowohl die Tatsache, dass so viele hochrangige Vertreter aus EU-Institutionen und nationalen Regierungen der Einladung des AdR nach Rom gefolgt waren, als auch ihre Einschätzungen zu den grundlegenden Entwicklungen der EU in den vergangenen 50 Jahren machten eines sehr deutlich: Die Politik der EU hat sich zunehmend dem Prinzip der Subsidiarität bis hin zur lokalen Ebene geöffnet und ist damit sehr erfolgreich gewesen. Zur Zeit der Römischen Verträge hätte man sich nicht vorstellen können, dass einst auch Regionen und Gemeinden Größen der europäischen Politik sein würden. Heutzutage sei hingegen jedem klar, dass eine noch bedeutendere Rolle und Verantwortung für die Regionen und Kommunen im europäischen Aufbauwerk notwendig sei, um das dringend benötigte Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das Projekt EU wiederzugewinnen.

In der dreigeteilten Europa-Erklärung des AdR rufen dessen Mitglieder den Bürgerinnen und Bürgern „den unschätzbaren Beitrag, den die EU in den vergangenen fünfzig Jahren zu Frieden, Demokratie und Wohlstand geleistet hat“, in Erinnerung. So böten „die Fortschritte und die Verbreitung der Demokratie sowie die Entwicklung unseres europäischen Sozialmodells unvergleichliche Möglichkeiten zur persönlichen und kollektiven Entfaltung in Familie, Beruf und Gesellschaft“.

Außerdem fordert der AdR die Verantwortlichen in der EU dazu auf, den Erwartungen der Europäerinnen und Europäer zu entsprechen durch die Förderung der europäischen Werte, die Vollendung des Binnenmarktes, die Stärkung des demokratischen Lebens und des Zusammenhaltes der EU angesichts der Globalisierung. Schließlich verpflichten sich die Vertreter der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften dazu, einen direkten Dialog mit den Menschen zu führen, sich für eine stärkere Rolle des AdR im gemeinschaftlichen Beschlussfassungsprozess einzusetzen sowie die Regierungen der Mitgliedstaaten bei einem „raschen Abschluss des Verfassungsprozesses und der unerlässlichen Reform der Verträge zu unterstützen“.

Nach der einstimmigen Annahme der Erklärung der Gemeinden und Regionen für Europa durch die anwesenden AdR-Mitglieder überreichte AdR-Präsident Michel Delebarre diese Staatsminister Günter Gloser als dem Vertreter der deutschen Ratspräsidentschaft.

Der AdR hat sich in der Debatte der vergangenen zwei Jahre nach den gescheiterten Referenden in Frankreich und in den Niederlanden mehrfach nachdrücklich für die Verfassung und eine Fortsetzung des Reformprozesses in der Europäischen Union eingesetzt. Dabei ging es den AdR-Mitgliedern darum, dass die Substanz des Europäischen Verfassungsvertrags möglichst weitgehend bewahrt bleiben und alle im Verfassungsvertrag enthaltenen Elemente zur Stärkung der lokalen und regionalen Ebene, der Dezentralisierung und der Subsidiarität erhalten würden.

Dazu zählen die verfassungsrechtliche Verankerung der Prinzipien von Verhältnismäßigkeit und Subsidiarität in einem weiterentwickelten Protokoll und das damit verbundene Klagerecht der nationalen Parlamente und des AdR, die Aufnahme des Hinweises auf die regionale und kommunale Selbstverwaltung sowie das Bekenntnis zur Notwendigkeit einer bürgernahen Demokratie in der Union.

In einer Initiativstellungnahme, die der Ausschuss unmittelbar vor der entscheidenden Sitzung des Europäischen Rates auf seiner Plenartagung im Juni 2007 verabschiedete, forderten die AdR-Mitglieder außerdem die Verabschiedung einer offiziellen Absichtserklärung der EU bei jeder künftigen Vertragsergänzung, in der den Unionsbürgern der Daseinszweck der EU in einfachen Worten erklärt werde. Außerdem ist der AdR der Meinung, dass die EU einer Reihe von Politikbereichen künftig stärker Rechnung tragen sollte: Klimawandel, Energie, das Europäische Sozialmodell im Kontext des demografischen Wandels und der Globalisierung, Migrationspolitik, Bekämpfung der illegalen Einwanderung und Wirtschaftspolitik in der Eurozone. Der AdR ruft die Staats- und Regierungschefs zu einem zügigen Abschluss der Verhandlungen auf, da die Ratifizierung der neuen Verträge vor den Europawahlen 2009 unerlässlich sei.

Regionalpolitik

In den Berichtszeitraum fällt der Start der neuen EU-Förderperiode 2007 bis 2013. An der Debatte um die Ausgestaltung der Struktur- und Kohäsionspolitik hatte sich der AdR in den vergangenen Jahren intensiv beteiligt (vgl. Landtagsdrucksachen 14/4128 und 14/4902).

Auch nach Abschluss der Planungen für die Förderperiode 2007 bis 2013 ist das Interesse insbesondere der EU-Kommission an der Expertise des AdR in regionalpolitischen Fragen nicht erloschen. So bat die für Kommunikation zuständige Kommissarin Margot Wallström den AdR um die Erarbeitung einer Prospektivstellungnahme zur „Hebelwirkung der europäischen Kohäsionspolitik im Rahmen der Strukturpolitik“. Die Prospektivstellungnahme, deren Ergebnisse in den Vierten Kohäsionsbericht der EU eingeflossen sind, war gleichzeitig Antwort auf die Anfrage des EP an den AdR, sich zum Bericht des Parlaments über „Die Auswirkungen der Strukturpolitik auf den Zusammenhalt in der EU“ zu äußern.

In Vertretung für Staatssekretär Dr. Klär nahm Frau MdL Morsblech an der Sitzung der Fachkommission COTER in Tampere/ Finnland teil, auf der diese wichtige Stellungnahme abschließend diskutiert wurde. Der Bericht untersucht die Hebelwirkung der Gemeinschaftsfonds in folgenden Bereichen: finanzielle Aspekte, politisch-strategische Aspekte der thematischen Konzentration, Verbesserung der institutionellen Kapazität und Stärkung des Zusammenhalts in Europa. Für die Zukunft der europäischen Kohäsionspolitik fordert der AdR die Vereinfachung der Fondsverwaltung, eine verbesserte Informationspolitik über die Wirkungsweise und die Erfolge der europäischen Kohäsionspolitik, die Einbeziehung des Kriteriums der Hebelwirkung in die Bewertung von Gemeinschaftspolitiken, insbesondere im Hinblick auf die mittelfristige Revision des Gemeinschaftshaushaltes, sowie einen stärker partnerschaftlichen Ansatz seitens der Mitgliedstaaten bei Beschlussfassung und Verwaltung der Strukturpolitik.

Der AdR hatte weitere Erfolge in seinem Engagement für eine effektive Regional- und Strukturpolitik der EU, an der alle Städte und Regionen teilhaben können, zu verbuchen. So wurde nach jahrelangem Ringen im ersten Halbjahr 2006 unter österreichischer Ratspräsidentschaft endlich die Verordnung zur Errichtung Europäischer Verbände zur territorialen Zusammenarbeit (EVTZ) verabschiedet, für den sich die politischen Vertreter der lokalen und regionalen Ebene in Stellungnahmen und Entschlüssen sowie vielen persönlichen Gesprächen entschieden eingesetzt hatten.

Außerdem war der AdR von der deutschen Ratspräsidentschaft gebeten worden, sich aktiv an der inhaltlichen Gestaltung der Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt und der Territorialen Agenda der EU zu beteiligen, die auf einem informellen Treffen der für Regionalpolitik und Städtebau zuständigen Minister der Mitgliedstaaten im Mai 2007 in Leipzig beschlossen wurden. Die zuständige Fachkommission für Kohäsionspolitik verabschiedete auf einer auswärtigen Sitzung, die in unmittelbarer zeitlicher und räumlicher Nähe zu dem informellen Ministertreffen in Halle/Saale stattfand, ihre Empfehlungen.

Weitere Stellungnahmen des AdR mit regionalpolitischer Bedeutung im Berichtszeitraum beschäftigten sich mit dem Vierten Zwischenbericht über den Zusammenhalt in der EU, mit der Thematik „Wohnungswesen und Regionalpolitik“, mit der Rolle der ländlichen Gemeinden bei der Entwicklung der Regionen in Europa sowie mit der Einführung von Europäischen Territorialpakten.

Erweiterung

Die erneute Erweiterung der EU zum 1. Januar 2007 um Rumänien und Bulgarien hat auch für den AdR eine Erweiterung bedeutet. Seitdem umfasst der Ausschuss 344 Mitglieder, neu hinzugekommen sind zwölf Vertreter der bulgarischen und 15 Vertreter der rumänischen lokalen und regionalen Gebietskörperschaften. Auf die mögliche Aufnahme weiterer europäischer Staaten in die EU möchte sich der AdR ähnlich gut vorbereiten wie auf die Erweiterungsrunden 2004 und 2007. Im Verlauf dieser Beitrittsprozesse waren im AdR mehrere Arbeitsgruppen und Gemischte Beratende Ausschüsse eingerichtet worden, in denen der AdR Vertretern der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften des jeweiligen Beitrittslandes gezielt Hilfestellung zu ihrer Vorbereitung auf den Beitritt angeboten hatte.

Zur Einrichtung eines Gemischten Beratenden Ausschusses bedarf es eines Beschlusses des entsprechenden Kooperationsrates der EU mit dem Beitrittskandidaten auf Antrag der Regierung des Kandidatenlandes, sofern ein solcher Ausschuss in dem Assoziierungsabkommen vorgesehen ist. Da das bei Kroatien nicht der Fall ist und sich die türkische Zentralregierung bisher dagegen wehrt hat, einen solchen paritätisch besetzten Ausschuss zu beantragen, hat der AdR jeweils eine Arbeitsgruppe des Präsidiums ins Leben gerufen. Außerdem wurde eine Arbeitsgruppe mit dem Schwerpunkt Westbalkan gebildet.

Die Arbeitsgruppen bestehen aus je elf AdR-Mitgliedern. Zu den Sitzungen werden jeweils Lokal- und Regionalpolitiker aus den Beitritts- bzw. Kandidatenländern eingeladen sowie Experten aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung. Staatssekretär Dr. Klär hat den Vorsitz der Arbeitsgruppe Türkei übernommen, die mit Präsidiumsbeschluss vom 12. Februar 2007 eingerichtet worden ist.

In einer vorbereitenden internen Sitzung zur Ausgestaltung der Arbeit der Arbeitsgruppe Türkei am 22. Februar 2007 verständigten sich die AdR-Mitglieder auf die inhaltlichen Schwerpunkte ihrer Arbeit, die Gestaltung des Mandates und der Sitzungen sowie einen vorläufigen Zeitplan. Die konstituierende Sitzung der Arbeitsgruppe, an der die Bürgermeister der türkischen Städte Denizli und Diyarbakir, Vertreter des türkischen Gemeindeverbandes und der Stadtverwaltung Istanbul sowie der Generalsekretär der Entwicklungsagentur für Izmir teilnahmen, fand am 13. April 2007 in den Räumlichkeiten des AdR statt. Am Vorabend hatte Staatssekretär Dr. Klär die Teilnehmer der Sitzung zu einem gemeinsamen Abendessen in die Landesvertretung eingeladen, um das Kennenlernen und einen ersten Austausch in entspannter Atmosphäre zu ermöglichen.

Die Debatte der ersten Sitzung der Arbeitsgruppe drehte sich um die Rolle der dezentralen Behörden im EU-Beitrittsprozess der Türkei. Obwohl alle türkischen Redner auf die enormen strukturellen Reformen der vergangenen Jahre in der Türkei hinwiesen, machten sie gleichzeitig deutlich, dass aufgrund noch fehlender Umsetzung der vereinbarten Reformen die Aufgaben und Kompetenzen der Gebietskörperschaften in der Türkei noch sehr eingeschränkt seien. Zudem sei deren finanzielle Ausstattung durch die Zentralregierung unzureichend. Außerdem gebe es Vorbehalte seitens Ankaras gegen eine weitreichende Dezentralisierung in der Türkei. Mehrfach betonten die türkischen Gäste, wie wichtig für die türkischen Gebietskörperschaften der Auf- und Ausbau von Beziehungen zu entsprechenden Partnern aus der EU sei und dass sie hofften, in einem intensiven Dialog mit den Mitgliedern der Arbeitsgruppe die zentralen Probleme der lokalen und regionalen politischen Ebene in der Türkei ansprechen zu können.

Als Vorsitzender der Arbeitsgruppe versicherte Staatssekretär Dr. Klär den türkischen Gesprächspartnern den Willen des AdR zu einer konstruktiven Zusammenarbeit, um den Dezentralisierungsprozess in der Türkei zu unterstützen und die lokale Demokratie weiterzuentwickeln. Er betonte außerdem noch einmal, dass der AdR an seiner Absicht festhalte, einen Gemischten Beratenden Ausschuss einzurichten, in dem die türkischen Partner als gleichberechtigte Mitglieder mitarbeiten könnten.

IV. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft

Turnusgemäß übernahm Deutschland im ersten Halbjahr 2007 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft fanden mehrere auswärtige Sitzungen des AdR in Deutschland statt, eine Präsidiumssitzung in Würzburg, eine Sitzung der Fachkommission für konstitutionelle Fragen mit Seminar in Münster, eine Sitzung der Fachkommission für Kohäsionspolitik mit Seminar in Halle/Saale sowie ein Seminar der Fachkommission Wirtschafts- und Sozialpolitik in Potsdam. Außerdem eröffnete Bundeskanzlerin Angela Merkel persönlich die Fotoausstellung „Europäerinnen“ im Jacques-Delors-Gebäude in Brüssel, das gemeinsam von AdR und EWSA genutzt wird.

Bundeswirtschaftsminister Michael Glos stellte das Arbeitsprogramm der deutschen Ratspräsidentschaft in der Plenarsitzung des AdR am 13. und 14. Februar 2007 vor. Er wies darauf hin, dass selbst das beste Präsidiumsprogramm keinen Erfolg habe, wenn man nicht die für die Umsetzung Zuständigen, nämlich die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, an seiner Seite habe. Die AdR-Mitglieder seien bei der Rückkopplung der europäischen Politik an die Praxis ganz besonders wichtig, da sie als Bindeglied zwischen der EU und ihren Bürgern fungierten.

Vordringliches Ziel der Bundesregierung sei es, den Verfassungsprozess wieder in Gang zu bringen. Zu einem Verfassungsvertrag gebe es keine Alternative. Der Bundeswirtschaftsminister sicherte den anwesenden Vertretern der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zu, dass die deutsche Ratspräsidentschaft die Elemente der Verfassung, die die Regionen und Kommunen stärken, auf jeden Fall erhalten wolle.

Mit Blick auf die Regionalpolitik bekannte sich Minister Glos im Namen der deutschen Präsidentschaft zur Kohäsionspolitik und deren Anspruch, die schwächsten Regionen in der EU besonders zu unterstützen. Da dies zweifelsfrei eine der Erfolgsgeschichten europäischer Politik und Integration sei, müsse man versuchen, damit stärker an die Öffentlichkeit zu gehen.

Für die sozialdemokratische Fraktion im AdR antwortete Staatssekretär Dr. Klär in der allgemeinen Aussprache auf die Ausführungen zur deutschen Ratspräsidentschaft. Staatssekretär Dr. Klär dankte dem Minister für seine freundlichen Worte für den AdR und zeigte sich erfreut, dass die Bundesregierung als Ratspräsidentschaft die Vereinbarungen zur Stärkung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der Verfassung erhalten wolle. Er wies ebenfalls darauf hin, dass gerade in einem Moment, da die Akzeptanz für die EU in der Bevölkerung gestärkt werden solle, die Kommunen und Regionen gefördert werden müssten. Aus dem gleichen Grund seien in der europäischen Politik zukünftig unbedingt weitere Anstrengungen notwendig, um die Demokratisierung der EU und ein soziales Europa voranzutreiben.

V. Die „Open Days“ im Oktober 2006 in Brüssel

Parallel zur Plenartagung des AdR fanden im Oktober 2006 zum dritten Mal in Folge die so genannten Open Days, die europäische Woche der Regionen und Städte, in Brüssel statt, die gemeinsam von AdR und der Generaldirektion Regionalpolitik der EU-Kommission veranstaltet werden. 14 Zusammenschlüsse regionaler und lokaler Gebietskörperschaften aus der EU organisierten in ihren Vertretungen in Brüssel und zu Hause mehr als 100 Workshops und Seminare zu dem Thema „Öffentliche und private Partner für Wachstum und Beschäftigung“. Eröffnet wurde die Woche der Regionen und Städte mit einer großen Konferenz am 9. Oktober 2006 im Königlichen Museum für Kunst und Geschichte, auf der traditionell die Präsidenten der EU-Kommission, José Manuel Barroso, und des AdR, Michel Delebarre, sowie das für Regionalpolitik zuständige Kommissionsmitglied, Danuta Hübner, die Gäste der Open Days 2006 begrüßten. Als Mitglied der offiziellen AdR-Delegation wohnte Staatssekretär Dr. Klär der Auftaktveranstaltung bei.

Unter der Federführung von Rheinland-Pfalz beteiligte sich das Vierer-Netzwerk (Burgund, Mittelböhmen, Oppeln und Rheinland-Pfalz) mit weiteren Partnern aus Ungarn und der Tschechischen Republik mit zwei Workshops in seiner Landesvertretung und einer Podiumsdiskussion in Kooperation mit dem Haus Burgund in Mainz an den Open Days 2006. Die gut besuchten Veranstaltungen waren den Themen „Erfolgreiche, Arbeitsplatz schaffende Großprojekte in Regionen“ (u. a. Präsentation des Flughafens Frankfurt-Hahn) sowie europäischen Austausch- und Hospitanzprogrammen von Verwaltungsmitarbeitern gewidmet.

Ergänzt wurde das thematische Programm durch einen Empfang des Vierer-Netzwerkes in Brüssel, auf dem neben Staatssekretär Dr. Klär und MdL Nicole Morsblech auch Vizemarschall Jozef Kotys aus Oppeln und Präsident Petr Bendl aus Mittelböhmen anwesend waren. Auch auf dem offiziellen Empfang der Open Days war das Vierer-Netzwerk mit einem gemeinsamen Stand vertreten, an dem den Teilnehmern der Open-Days-Veranstaltungen regionale Spezialitäten zur Verkostung angeboten wurden.

VI. Veränderungen in der Organisation der Arbeit des AdR

Interregionale Gruppen im AdR

Im Zuge einer beschränkten Revision der Geschäftsordnung des AdR, die mit der Aufnahme Bulgariens und Rumäniens in die EU notwendig wurde, erfuhren die Interregionalen Gruppen im AdR eine Aufwertung. Aufgrund eines Vorstoßes des Vorsitzenden der dazu eingesetzten Ad-hoc-Kommission Karl-Heinz Lambertz, Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, wurde auch die bisher auf nationale Delegationen beschränkte Stellvertreterregelung für die Teilnahme an AdR-Sitzungen einer erneuten Überprüfung unterzogen. War die Interregionale Gruppe „Saar-Lor-Lux“³⁾ bei der letzten Geschäftsordnungsrevision noch mit ihrem Vorstoß gescheitert, die Sitzungsververtretung auch für die Mitglieder einer Interregionalen Gruppe zu öffnen, ermöglicht die neue Geschäftsordnung des AdR nun die Vertretung eines AdR-Mitglieds in einer Fachkommissionssitzung durch ein anderes Mitglied bzw. stellvertretendes Mitglied derselben Fraktion oder innerhalb einer Interregionalen Gruppe.

Um den zum Teil erheblichen Widerstand im AdR-Präsidium zu überwinden, stimmten Ministerpräsident Lambertz als Berichterstatter sowie Simone Beißel (LU/ALDE) und Staatssekretär Dr. Klär als Präsidiumsmitglieder aus der Großregion einer Beschränkung dieser Regelung auf die Sitzungen der Fachkommissionen zu. Außerdem verabschiedete das AdR-Präsidium zur Umsetzung der Bestimmungen der Geschäftsordnung Mindestvoraussetzungen für die Bildung einer Interregionalen Gruppe im AdR. Demnach „ist eine Interregionale Gruppe eine Gruppe aus mindestens zehn Mitgliedern des Ausschusses, die entweder wenigstens vier verschiedenen nationalen Delegationen oder einer Gruppe von Regionen angehören, die sich aufgrund einer zwischenstaatlichen Vereinbarung zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zusammengeschlossen haben“.

Derzeit sind drei Interregionale Gruppen im AdR registriert, nämlich die der Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen, die Gruppe „Wein“ sowie die bereits seit Juli 2003 bestehende Gruppe „Saar-Lor-Lux“. Rheinland-Pfalz ist in allen drei Interregionalen Gruppen vertreten.

3) Großregion Saarland-Lothringen-Luxemburg-Rheinland-Pfalz-Wallonie-Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens und Französische Gemeinschaft Belgiens.

Die AdR-Mitglieder, welche Regionen mit Gesetzgebungskompetenz vertreten, schlossen sich am Rande der Plenartagung im April 2006 zu einer Interregionalen Gruppe zusammen. Im AdR sind etwa 80 Regionen mit Gesetzgebungskompetenzen präsent, darunter neben den deutschen Ländern u. a. die österreichischen Bundesländer sowie die belgischen, spanischen und italienischen Regionen. Es sind z. T. dieselben Regionen und politischen Vertreter, die außerhalb des AdR in der CALRE⁴⁾ und der Regleg⁵⁾ zusammenarbeiten. Ziel des Zusammenschlusses ist es, ein Netzwerk im AdR aufzubauen, in dem die Mitglieder die besonderen Interessen ihrer Regionen, insbesondere bei institutionellen Themen wie Subsidiarität und Gesetzesfolgenabschätzung, beispielsweise über gemeinsame Änderungsanträge bündeln können. Die Interregionale Gruppe „Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen“ wird sich etwa ein- bis zweimal pro Jahr am Rande von AdR-Plenartagungen, jeweils am Donnerstagnachmittag, zu Beratungen auf politischer Ebene treffen.

Im Oktober 2006 hatte Staatssekretär Dr. Klär, die Vertreterinnen und Vertreter der Großregion in EP und AdR zu einem ersten gemeinsamen Treffen eingeladen. Dieses Treffen wurde gemeinsam mit dem amtierenden belgischen Vorsitz in der Großregion anlässlich einer der seltenen parallelen Sitzungen der beiden Institutionen in Brüssel durchgeführt. Auch die beiden rheinland-pfälzischen Europaabgeordneten Kurt Lechner und Werner Langen nahmen an der Sitzung teil. In seiner Begrüßung hob Staatssekretär Dr. Klär besonders die Bedeutung guter grenzüberschreitender und interinstitutioneller Kontakte hervor. Hierin liege der Grundstein für eine fruchtbare Zusammenarbeit in der Großregion und in Brüssel für die Großregion. Anschließend stellte Ministerpräsident Lambertz, amtierender Vorsitzender der Interregionalen Gruppe der Großregion im AdR, die Prioritäten der belgischen Präsidentschaft vor, wie gemeinsame Projektanträge für Europäische Förderprogramme, die Grenzgängerthematik und Hochschulkooperationen.

Am Rande der Plenartagung im Juni 2007 trafen die AdR-Mitglieder aus der Großregion mit dem luxemburgischen Premierminister Jean-Claude Juncker zu einem Gedankenaustausch zusammen. Themen waren die Fortsetzung der intensiven kulturellen Zusammenarbeit in der Großregion über das laufende Jahr hinaus, in dem Luxemburg und die Großregion zur europäischen Kulturhauptstadt gewählt wurden, sowie die Grenzgängerthematik. Die alltäglichen Probleme der Grenzgänger in der EU waren auch Thema eines europäischen Kolloquiums, welches mit Unterstützung des AdR und auf Initiative von Ministerpräsident Lambertz und Staatssekretär Dr. Klär in Eupen/Belgien am 10. Juli 2007 organisiert wurde.

Ein weiteres Beispiel für die ausgezeichnete Zusammenarbeit innerhalb der Interregionalen Gruppe der Großregion im AdR war der intensive Austausch zwischen den Mitgliedern während der Diskussionen um die Stellungnahme zur Revision der EU-Fernsehrichtlinie (verabschiedet auf der Plenartagung im Oktober 2006). Berichterstatter für den AdR war Ministerpräsident Lambertz, der sich während allen Phasen der Erarbeitung der Stellungnahme eng mit den Partnern aus der Großregion abstimmte.

Kooperationsabkommen zwischen dem AdR und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA)

Zwischen dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA), der bereits mit den Römischen Verträgen als beratende Versammlung eingesetzt wurde, und dem erst 1994 errichteten AdR gibt es eine besondere Form der Verwaltungszusammenarbeit, die aus der Entstehungsgeschichte des AdR resultiert: Als der AdR seine Arbeit aufnahm, hatte er keine Haushaltsautonomie, sondern wurde in großem Umfang von den bestehenden Diensten des EWSA unterstützt („Gemeinsame Organisationsstruktur“). Auf der Grundlage der Vereinbarungen des Vertrags von Amsterdam erlangte der AdR im Jahr 2000 Haushaltsautonomie und konnte schrittweise eine eigene Verwaltung aufbauen, ohne jedoch über ausreichende finanzielle Mittel hierfür zu verfügen. Daher musste die Verwaltungszusammenarbeit zwischen AdR und EWSA fortgesetzt werden. Hierzu wurde zwischen beiden Institutionen ein „Abkommen über die Zusammenarbeit“ geschlossen mit dem Ziel, den „Gemeinsamen Diensten“ eine Rechtsgrundlage zu geben sowie die Grundsätze und Modalitäten ihrer Arbeitsweise zu regeln. Beide Institutionen nutzen z. T. dieselben Gebäude. Zu den „Gemeinsamen Diensten“ gehören u. a. der Sitzungsdienst, die Druckerei, der medizinisch-soziale Dienst, die Gebäudeverwaltung, die Bibliothek, der IT-Dienst sowie der Übersetzungsdienst. Das Kooperationsabkommen lief zunächst bis zum 31. Dezember 2006.

Das Präsidium des AdR entschied sich im Oktober 2006 zu einer einmaligen Verlängerung des geltenden Abkommens um zweimal sechs Monate bis zum 31. Dezember 2007, um eine Neuverhandlung des Kooperationsabkommens zu ermöglichen, die zu einer weitgehenden Entkopplung der Gemeinsamen Dienste und einer Vereinfachung der Verwaltungsstruktur führen soll. Beide Institutionen richteten eine kleine Monitoring-Group aus Mitgliedern ein, die die technische Prüfung der Machbarkeit überwachen und die damit verbundenen politischen Fragen klären sollen. Dabei stützt man sich auf die Ergebnisse zweier unabhängiger Expertenberichte und ein intensives Verwaltungsscreening.

4) Konferenz der Präsidenten der regionalen gesetzgebenden Versammlungen in der Europäischen Union.

5) Konferenz der Europäischen Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen.

Die Eckpunkte des Verhandlungsmandates der Monitoring-Group des AdR, der Staatssekretär Dr. Klär als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion angehört, sind institutionelle Gleichstellung, Wahrung der Identität beider Institutionen, Effizienz und Qualität der Dienstleistungen, Transparenz, Eigenverantwortung für die Verwaltung der Ressourcen sowie Haushaltsneutralität. Der AdR möchte die interinstitutionelle Zusammenarbeit nicht beenden, sie aber durch eine Neuorganisation den Bedürfnissen beider Institutionen besser anpassen. Selbst in den Bereichen, in denen es zu einer Entkoppelung kommen sollte, sollen Modalitäten für die Fortführung einer punktuellen Zusammenarbeit festgelegt werden.

Die Verhandlungen sollen im Herbst 2007 abgeschlossen werden, damit das neue Kooperationsabkommen spätestens zum 1. Januar 2008 in Kraft treten kann.